

für Halle Vierteljährlich bei postmöglicher Zahlung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ansehl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Zusendungebeleg; „Saale-Zig.“ gefaltet.

Bernharder der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133a. Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 68, I; Telefon Nr. 591 u. 176.

Saale-Zeitung.

Dreizehnvierteljährlicher Jahrgang.

wenden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 W., falls aus Halle mit 20 W. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 68, I sowie von anderen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expositionen angenommen.

Erbsicht täglich pünktl. Sonntags und Feiertags einm.

Redaktion und Druck: Weißguths, Nr. 24, Gr. Brauhausstraße 17; Fernsprechamt: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 68, I; Telefon Nr. 591 u. 176.

Nr. 528.

Halle a. S., Mittwoch, den 10. November.

1909.

Streiflichter auf die Politik der Sozialdemokratie.)

Von Dr. Schopp,

Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

Gemeindewahlrecht.

Die Sozialdemokraten reiten immer darauf herum, daß Freisinnige in einigen Kommunen das Wahlrecht vergrößert haben sollen. Zunächst Kiel. Dort haben allerdings einige Anhänger der freisinnigen Vereinigung in den neunziger Jahren für Erhöhung des Zensus gestimmt. Aber der Führer der Vereinigung, Alexander Ripka, hat mit den übrigen Mitgliedern seiner Partei dagegen gestimmt. Und von der freisinnigen Volkspartei ist niemand bei Abstimmung für Erhöhung des Zensus beteiligt gewesen. In Rixdorf sind die Mitglieder der liberalen Organisation, welche für die Verschlechterung des Wahlrechts stimmten, aus dem Verein der Volkspartei ausgeschlossen worden. Als in Kiel zu Anfang dieses Jahres vom Magistrat der Versuch gemacht wurde, das Wahlrecht zu verschlechtern, ist er gerade der intensiven Arbeit der freisinnigen Stadtverordneten, z. B. des Landtagsabgeordneten Hoff, zu verdanken, daß dieser Versuch abgelehnt wurde. Die Sozialdemokraten allein wären dazu gar nicht imstande gewesen. In Halle hatte f. Zt. der Führer der freisinnigen Volkspartei, als es sich darum handelte, auf Grund des Gesetzes vom 30. Juni 1900 an Stelle der Drittelwahl einen anderen für die dritte Wählerklasse weniger günstigen Wahlmodus einzuführen, den der dritten Wählerklasse günstigere Gegenantrag gestellt, daß auf die erste Klasse fünf Zwölftel, auf die zweite Klasse vier Zwölftel, auf die dritte Klasse drei Zwölftel der Gesamtsumme der Steuerbeiträge aller Wähler fallen sollten. Der Antrag kam nicht zur Abstimmung, weil die Mehrheit für den Ueberdurchschnitt nach dem erwähnten schlechteren Antrag stimmte. Die Freisinnigen stimmten gegen diesen Antrag. Würde der freisinnige Antrag auf Zwölftelung zur Abstimmung gekommen sein, so würden die Sozialdemokraten nach ihrer dem Führer der Freisinnigen abgegebenen Erklärung mit den Freisinnigen für die Zwölftelung gestimmt haben. Nach dieser Darlegung erscheint es um so vernünftiger, daß die Sozialdemokraten, und auch jetzt wieder Herr Kunert, der Vertreter ihrer Moral, — um mit dem heiligen „Volksblatt“ zu reden — unbedenklich Vorwürfe gegen die Freisinnigen erheben in einer Frage, in der sie z. B. in Halle mit denselben gestimmt haben würden. Oder entscheidet ein derartiges Vorgehen der besonderen Klassenmoral, die ja das „Volksblatt“ in Nr. 254 als bestehend angibt?

Zum Schluß will ich hier noch anführen, was das Programm der freisinnigen Volkspartei in Bezug auf das Gemeindewahlrecht fordert: „Reform des Wahlrechts in den Kommunen nach den Bedürfnissen der Einzelstaaten; keine Klassenwahlen, keine öffentliche Abstimmung.“

Bei Behandlung dieser Frage ist zu bedenken, daß die Gemeinden gar nicht berechtigt sind, ein anderes Wahlrecht einzuführen, sondern daß das nur durch den preussischen Landtag geschehen kann. Dort sind aber auch die Sozialdemokraten nicht imstande, eine Mehrheit für eine derartige Milderung aufzubringen. Alle diese Vorwürfe werden auch nur zu agitatorischen Zwecken erhoben. Auf das Agitieren kommt es den Sozialdemokraten ja überhaupt nur an. Ob dabei positive Arbeit geleistet wird, ist ihnen vollkommen gleichgültig. Das hat in der Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Niederbarnim der Abgeordnete Stadthagen mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. „Unsere Aufgabe im Parlament“, sagte Stadthagen, ist, „in erster Linie agitatorisch zu wirken.“

Kompromisse der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten brüsten sich gern damit, daß sie niemals irgend welche Volksrechte preisgeben, auch wenn dadurch vielleicht einige Fortschritte erzielt würden. Den Freisinnigen machen sie es besonders zum Vorwurf, daß sie z. B. Verbesserungen im neuen Reichsvereinsgesetz durch Annahme des sogenannten „Sprachenparagrafen“ hätten erkämpfen müssen. Aber die Vorteile und Fortschritte des Gesetzes überwiegen die Nachteile, daß wir im Interesse der freisinnigen Gesamtheit für dieses Gesetz stimmen mußten.

Wie hat sich aber die Sozialdemokratie in ähnlichen Dingen verhalten? Im bayerischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion zusammen mit den bürgerlichen Parteien eine Resolution zugestimmt über die Reform des Landtagswahlrechts. Sie hat damit einen Kompromiß zugestimmt, welcher eine Ver-

leugnung des sozialdemokratischen Programmes enthält und zugleich 150 000 Wählern in Bayern das bis dahin zureichende Wahlrecht entzieht. Bis dahin wurde nämlich in Bayern das Wahlrecht für den Landtag schon mit dem 21. Lebensjahr erworben. Nach der Resolution sollte das Wahlrecht erst mit dem zurückgelegten 25. Lebensjahre beginnen. Das sozialdemokratische Programm verlangt das Wahlrecht für alle 20 Jahre alten Reichsangehörigen. Es kommt außerdem noch in Betracht, daß nach dem Kompromiß das Erfordernis der Zahlung einer direkten Steuer als Bedingung für das Wahlrecht beibehalten wurde und diese Steuer für ein Jahr, nicht wie früher nur für 6 Monate, gestrichelt werden mußte.

Das Verhalten der bayerischen Sozialdemokraten in diesem Fall entspricht ganz dem der Freisinnigen bei dem Vereinsgesetz. Es spricht den Sozialdemokraten ein für allemal das Recht ab, anderen Parteien Vorwürfe zu machen, wenn sie Gesetze annehmen, die sich, wenn mehr nicht zu erreichen ist, mit weniger begnügen, wenn nur dieses Weniger einen erheblichen Fortschritt darstellt.

Der Parteitag der bayerischen Sozialdemokratie in Ludwigshafen im Jahre 1902 hat das Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gebilligt. Abg. Bebel hat allerdings diese Resolution in der „Neuen Zeit“ eine saule Resolution genannt. Abg. Bollmar meinte dagegen auf jenem Parteitage: „Das Prinzip hochhalten kann jeder, der nichts gelernt hat; dazu gehört gar nichts.“ Der sozialistische bayerische Landtagsabgeordnete Müller spottete über die Prinzipienmächtigkeit und führte unter Berufung auf den verstorbenen Abg. Grillenberger aus: „Jedes Gesetz, das das Licht der Welt erblickt, ist eigentlich ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Faktoren, die dabei mitwirken haben.“

In Oldenburg ist ein neues Landtagswahlrecht eingeführt. Durch dieses neue Gesetz werden aber die Legislaturperioden, wie in Preußen und in Reich, von drei auf fünf Jahre verlängert. Trotz dieser Verschlechterung, trotz dieser „Entredung des Volkes“ haben die sozialistischen Abgeordneten für das Gesetz gestimmt. Dabei passierte auch dem Redakteur des sozialdemokratischen „Norddeutschen Volksblattes“ noch eine besondere Blamage. In dem Ausschuss für Vorbereitung des Wahlgesetzes hatten sämtliche Abgeordnete mit zwei Ausnahmen für die Erhebung der dreijährigen durch fünfjährige Legislaturperiode gestimmt. Der Redakteur des obengenannten Blattes ergoß darauf die ganze Schale seines Zornes in einem Leitartikel, den er „Oldenburgische Faktionsstreiche nach bismarckischem Muster“ überschrieb, über die gesinnungslos liberalen Mehrheit des Landtags. Es heißt da wörtlich:

„Die Hauptsache ist, daß die Regierung die ganze Wahlrechtsreform auf einer Farce gemacht hat, die unter dem Deckmantel der direkten Wahl einen ganzen Sad voll reaktionärer Verschlechterungen einschmuggelt, nun auch noch darauf besteht, die Verlängerung der dreijährigen Legislaturperiode in eine fünfjährige einzuschlechtern. Daß der Freisinn sich auf diesen schändlichen Handel einläßt, ohne mit der Wimper zu zucken, zeigt, wie unendlich tief er in den letzten Jahren gesunken ist. Heute haben die Freisinnigen so ganz alle Scham verloren, daß sie sich im Oldenburger Landtage ebenso aufführen, wie die feineren im Weidlich von ihnen geschmähten Kartellmehrheit im Reichstagsparlament. Ja, sie gehen noch weiter und schämen sich nicht, eine Regierung, die sich die schändlichsten Reaktionsstreiche Bismarcks aus der Putzkammerzeit zum Muster nimmt und mit solcher Bauernehrlichkeit mit der Brutalität des direkten Wahlrechts nach der Speckseite der fünfjährigen Legislaturperiode wirt, eine liberale Regierung zu nennen und das Oldenburger Bündnis in albernem Verhimmelungsreden unter Ausgießung ganzer Kübel wörtlich süßen Selbstlobes als liberalen Musterstaat zu feiern.“

Nun waren es aber in Wirklichkeit nicht zwei Sozialdemokraten, die gegen die fünfjährige Legislaturperiode gestimmt hätten, sondern zwei — Freisinnige, die Abgeordneten Hithorn und Tapphorn. Es mag recht verdächtige Gesichter in der Redaktion des „Norddeutschen Volksblattes“ gegeben haben, als dort die Wahrheit über die Abstimmung bekannt wurde, und die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten werden dem Genossen Redakteur wahrheitsgemäß eingezwängt haben. Dieser aber wußte sich zu helfen. In einer der nächsten Nummern berichstete er im lokalen Teil, daß auch „unsere Fraktion aus bestimmten Gründen für die fünfjährige Wahlperiode gestimmt hat.“ Ob mit oder ohne Wimperzucken, ob mit oder ohne Scham, davon jagte der gute Mann nichts.

Dieses Beispiel ist typisch für das Verhalten der Sozialdemokratie und ein dralischer Beitrag zu der Geschichte der sozialdemokratischen Wahlrechtskompromisse, die wir den Herren Genossen zur angelegentlichsten Betrachtung und zum Nachdenken empfehlen, wenn sie es mal wieder für gut befinden, über „Prinzipienverrat“ u. dergl. bei den Freisinnigen herzugehen. Bei Wahlen haben die Sozialdemokraten ebenfalls öfters der Rea-

tion zum Siege verholfen. In Bayern haben bekanntlich f. Zt. die Sozialdemokraten mit dem Zentrum ein Kompromiß gegen die Liberalen geschlossen, also, um mit den Sozialdemokraten zu sprechen, der schwärzlichen Reaktion zum Siege verholfen.“ In Ansbach-Schwabach stimmten 1907 die Sozialdemokraten in der Stichwahl zum großen Teil für den konservativen Agrarier Fußnagel, Mitglied des Bundes der Landwirte, gegen den Demokraten Professor Luidde und verhalfen so dem Reaktionsär zum Siege. Im Wahlkreise Hildesheim-Wiefeld haben die Genossen in der Stichwahl nach Verhandlungen mit der konservativen Partei für den konservativen Kandidaten, Hofbesitzer Feldmann, gegen den National-Liberalen Dr. von Campe gestimmt und dadurch den Konservativen durchgebracht. In Frankfurt a. M. hatten sich die Sozialdemokraten bei den Stichwahlen mit den Kandidaten der Mittelstandsvereinigung (Konservative, Antisemiten) gegen Liberale und Demokraten verbündet.

Eine solche Partei hat wirklich nicht das Recht, anderen Vorwürfe zu machen. Sie hat genug mit sich selbst zu tun, und man kann ihr nur raten: Kehre erst vor der eigenen Tür!

Deutsches Reich.

Eine gute Jenur.

Der scheidende Oberpräsident von Schlesien, Graf von Zedlitz und Trützschler, findet in der liberalen Presse seiner Heimatprovinz eine äußerst freundliche Jenur. Interessant sind Auslassungen des „Leignitzer Anzeigers“, der folgendes enthält:

„Schlesien konnte sich zu einem Oberpräsidenten beglückwünschen, der die wirtschaftliche und kulturelle Entfaltung der Provinz, die auch seine Heimat war, von großen Gesichtspunkten aus überblickte und vorwärts zu bringen entschlossen war. Freilich in vielen Dingen mußte es beim Wollen bleiben, denn der Widerstande sind gerade in Schlesien viele und — die Maßstäbe des Oberpräsidenten ist gering; seine Untergebenen, die Regierungspräsidenten, sind in vielen Dingen mächtiger als er. Erfolge, wie jener der Leignitzer Regierung gegen die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, hätten die Anerkennung des ehemaligen Kultusministers schwerlich gefunden. Dennoch selbst dem eingetragenen Adel der Provinz angehörend, hat Graf Zedlitz und Trützschler sich als Oberpräsident der Bevölkerung durch gewisse mächtige Gattungen des Erziehungsbereichs und der Beamtenhierarchie stets zu entziehen gemußt. Vielleicht der beste Beweis hierfür ist die, auch jetzt gelegentlich des Abschiedsgedeches des Grafen Zedlitz wieder offenbar gewordene Tatsache, daß die „Schlesische Zeitung“, das Sprachrohr jener Kreise, keinen Verbindungsbrat nach dem Oberpräsidenten besaß — eine für schlesische Verhältnisse ganz merkwürdige Tatsache.“

Es ist jedenfalls ein Zeichen der Zeit, daß ein so konservativer, aber doch gerecht und modern denkender Mann wie Graf Zedlitz an der „kleinen, aber mächtigen Partei“ seinen Rückhalt besaß. Wer nicht ganz in deren Horn bläst, ist suspekt und wird, wenn es geht, abgehaßert — siehe Witlow!

Gute Sitten und unlaunterer Wettbewerb.

In der neuesten Nummer der „Zeitungs-Woche“ veröffentlicht der bekannte Rechtslehrer an der Universität zu Berlin, Professor Josef Kohler einige Bemerkungen zum Thema „Gute Sitten und unlaunterer Wettbewerb.“ Das neue Gesetz gegen den unlaunteren Wettbewerb stellt bekanntlich in seinem § 1, der General-Klausel, alles unter Strafe, was im kaufmännischen Wettbewerb gegen die guten Sitten verliert; andererseits aber ergibt sich aus den verschiedenen sowohl in Theorie wie in Praxis von einander abweichenden Definitionen über den Begriff „Gute Sitten“, daß er dehnbar und schwer zu bestimmen ist. Besonders ist noch keine klare, prägnante Antwort auf die Frage erteilt worden, wessen Anschauungen eigentlich maßgebend sein sollen bei der Feststellung dessen, was man unter „Guten Sitten“ zu verstehen hat — die der besondern Gruppe des Handelsstandes, die in jedem einzelnen Falle interessiert ist, oder die des Ansehenskreises. Professor Kohler entscheidet sich dafür, daß nur die Anschauungen des Ansehenskreises als maßgebend zu gelten hat. Er schreibt darüber:

„Was von Werten gilt, gilt auch von Wertungsbeziehungen; hier treten noch besondere Schwierigkeiten ein, weil mitunter die Wertungsbeziehungen zu Gattungsbeziehungen werden, so daß der Name einer Wertigkeit nicht mehr angeben will, woher die Ware stammt, sondern welcher Art die Ware ist, daß sie nämlich einer bestimmten Gattung angehört, die früher gerade an einem bestimmten Orte in küßlicher Zubereitung hergestellt worden ist und daher ein für allemal den Namen dieses Ortes angenommen hat. Vers 8 des Gesetzes.“

Ob das eine aber andere vorliegt, hat nicht der Einzelne zu entscheiden, sondern der Beruf und nur allein der Ansehenskreises. Nimmt der Ansehenskreis an, daß eine Benennung, wie z. B. „Berliner Pfeffer“, immer eine orientalische Herkunft besundet, dann ist jede Benutzung des Wortes für Teppiche, die im

*) Siehe Nr. 523 der „Saale-Zeitung“.

Abendland hergestellt worden sind, unzulässig, mindestens sofern nicht in sonderlichen Bezeichnungen besiegelt sind, welche den Sachverhalt klarlegen (ausser Poststempel und dergl.).

Wenn im übrigen das Gesetz in § 16 die Warenbezeichnungen und Anstellungen ausserhalb und den Bestimmungen des anderen Gesetzes, das Warenzeichengesetz unterwirft, so ist dies gleichbedeutend formal, berührt aber die obige Betrachtungsweise nicht; es ist nichtbedenklicher, dass auch dazugehörige Handeln wissenschaftlich unter den unlauteren Wettbewerb einzuzeichnen ist."

Neue sächsische Geschenkwürfe.

§ Aus Dresden wird uns geschrieben: Dem sächsischen Landtag wird die Regierung im Verlauf der gestern begonnenen Session zehn neue Geschenkwürfe zur Beschlussfassung zugehen lassen und zwar einen Entwurf für ein Gesetz über die höhere Mädchenschule, ein Entwurf für ein Gesetz über Nadelarbeitslehrerinnen an den öffentlichen Schulen, ferner zwei Brandversicherungen, ein Gesetz betr. private und staatliche Versicherung, drei Berggesetze, eine Vorlage über Abänderung des Gesetzes über direkte Steuern betr. die Schulbeiträge für Gemeinden, Abänderungsentwurf für ein Armengesetz, Bestimmungen über den Verlust des Wahlrechts. Außerdem steht noch das vorläufige Finanzgesetz zur Beratung.

Parteinachrichten.

L. C. Die hoch aufschwümbenden Wellen der Sozialdemokratie haben sich gestern bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse in Charlottenburg gebrochen; die Liberalen gewannen zwei Mandate von der Sozialdemokratie. Diese, obwohl an Stimmzahl zunehmend und unter mächtigem Hochdruck arbeitend, konnten ihren vor sechs Jahren erzielten Stand nicht aufrecht erhalten, obwohl eine völlig neue Wahl-Bezirkseinteilung ihr recht zufließen kam. Der Liberalismus behauptet in Charlottenburg auch in der dritten Klasse nach wie vor eine äußerst respektable Machtposition. Das Resultat ist erfreulich. Und die Gründe? Charlottenburg wird nach freiheldischen und sozialen Gesichtspunkten geleitet, es weht ein frischer kommunistischer Wind, die Parteikämpfe werden im großen und ganzen loyal und ohne gegenseitige Verbitterung ausgetragen. Die Bevölkerung hat keinen erheblichen Grund, unzufrieden zu sein, und so kann der Liberalismus nach wie vor auf rege Stimmabgabe rechnen. Charlottenburg ist eine gute Lehre für andere große Kommunen.

L. C. Das nach den erbitterten Kämpfen um die Reichstagsnominierung in allen Teilen Deutschlands neues Interesse für freiheldische Politik erwacht ist, beweisen nicht nur die verschiedenen Reichstagsnominierungen, Landtags- und Kommunalwahlen, sondern auch die Parteitage zahlreicher Wahlkreise, die nicht durch irgendwelche Wahlen in besonderer Erregung sind. — So ist der Wahlkreis-Parteitag für Bitterfeld-Deßau am letzten Sonntag in Deßau so kurz, wie seit vielen Jahren nicht mehr besucht gewesen ist. Nicht nur die Mitglieder, sondern auch zahlreiche Landwirte hatten Vertrauensmänner entsandt. Auch aus freiheldischen Kreisen über das wiederwacht Parteinteresse, beschränkt man eine neue Organisation des Wahlkreises mit Eisenbürg als Vorsitz. Am Anfang ist ein Referat des Generalsekretärs Weinhausen aus Berlin über die politische Lage wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Kreispartei für Bitterfeld-Deßau beschließt freudig die in näherer Aussicht stehende Fusion der drei liberalen Gruppen; er erhofft von einer einseitigen liberalen Partei eine energische Förderung und fröhliche Weiterentwicklung des Gesamtliberalismus.“

Am Abend wurde in Deßau eine gut besuchte Versammlung abgehalten, die mit der Gründung eines erfreulich starken liberalen Ortsvereins für Deßau und Umgebung endete.

Soz. und Personalnachrichten.

§ Zur Verlobung des Herzogsregenten von Braunschweig mit der Prinzessin Elisabeth zu Stolberg-Rosla schreibt man den „Berl. Nachr.“:

Die Prinzessin ist das älteste Kind aus der Ehe des 1893 verstorbenen Fürsten Rosla zu Stolberg-Rosla mit der Prinzessin Hedwig zu Hohenburg und Bidingen, die 1902 mit dem Grafen Kuno zu Stolberg-Rosla eine zweite Ehe eingegangen. Prinzessin Elisabeth wurde am 23. Juni 1888 in Rosla geboren und hat dort im Kreise ihrer sechs Geschwister ihre Jugend verleben, von denen nur die älteste, Prinzessin Marie, eine Tochter aus der ersten Ehe des Fürsten Rosla mit der Gräfin Marie v. Arnim, vermählt ist, und zwar mit dem Grafen v. Castell-Rudolowen. Von den Brüdern der Prinzessin Elisabeth steht der älteste, Fürst Jos. Christoph, jetzt der Senior des Hauses Stolberg-Rosla, als Leutnant bei den Garde du Corps, der zweite, Prinz Christoph, als Leutnant bei den 3. Garderegimenten.

Prinzessin Elisabeth ist fast 28 Jahre jünger als ihr Verlobter, Herzog Johann Albrecht, der am 8. Dezember 1874 geboren wurde. Die bevorstehende Wiederherstellung des Herzogs selbst auch für die Thronfolge des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin eine Rolle. Da das Großherzogtum von Mecklenburg-Schwerin bisher in kinderloser Ehe steht, befähigt sich Herzog Johann Albrecht im Falle des Todes des Großherzogs die Inmortalität auf die Thronfolge in Mecklenburg. Unter ihm kam nur noch sein unermählter Vorfahr, der Herzog Herzog Adolf Friedrich, der in den letzten Jahren als Privatforstbesitzer von sich hören machte, als Thronfolger in Frage. Zwei weitere Brüder des Herzogs Johann Albrecht sind für die Thronfolge aus: Herzog Paul Friedrich, weil er zur lutherischen Kirche übergetreten ist und infolgedessen unfähig auf die Thronfolge versetzt wurde, und Herzog Heinrich infolge seiner Verheiratung mit der Königin Wilhelmina der Niederlande. So sind die mecklenburgische Thronfolge, da auch der ersten 22 Jahre währenden Ehe des Herzogs Johann Albrecht Kinder nicht entfallen waren, bisher nur aufs leere Auge. Wird nun die ältere

dinge zu Weihnachten ein feierliches Familienereignis am Schweriner Hof erwartet. Falls aber dem Großherzogspaar jetzt und auch später ein Sohn nicht beschieden werden sollte, würde die Thronfolge definitiv auf den Herzog Johann Albrecht und seine eventuellen Nachkommen aus der bevorstehenden Ehe mit der Prinzessin Elisabeth zu Stolberg übergehen.

Ausland.

Konstantinopeler Genatländchen.

pr. In jungtürkischen Händen befindet sich, wie bereits gemeldet wurde, ein Geschenk aus dem Eufant Abdul Hamid, das Aufschluss darüber gibt, wie der ehemalige Sultan „Gefühlsgüte“ besaß und wie er verstand, für sich zu gewinnen. War auch sonst früher im Diktator ein heilloses Verschwendung an der Tagesordnung, in diesen Aufzeichnungen war Abdul Hamid genau und registrierte auch den kleinsten Orden und die geringste Entschädigung an die Politik treibenden Personen. Schon vor Monaten kam es nach Aufhebung dieses Archivs zu lebhaften Auseinandersetzungen, weil unter den begünstigten Personen auch einige Diplomaten genannt wurden, die dann demontierten. Tatsächlich hat es aber auswärtige Geschäftsträger gegeben, die sich von Abdul Hamid begünstigen ließen. Wenn die jungtürkische Kommission, die diese Aufzeichnungen durchsieht, auch strenges Stillschweigen beobachtet, so hört man dennoch, daß Namen von Rang und hoher Wertschätzung zu den Empfängern von Geschenken des Sultans gehören. Auf jungtürkischer Seite will man allerdings keinen Gebrauch überlassen, man will lediglich die Zuwendungen u. Orden, die von Abdul Hamid à Conto zu erledigenden Fragen gesendet wurden, zurückverlangen. Ein deutscher Name soll sich auf dieser Liste glücklicherweise nicht befinden. Hört jedoch die Reaktion nicht auf zur Wiedereinkehr des ehemaligen Sultans Schritte zu unternehmen, so ist man auf jungtürkischer Seite geneigt, das Material der Öffentlichkeit zum Teil zur Verfügung zu stellen, um das Wirken des Eufantans in das richtige Licht zu stellen und ihn vor den anderen Mächtigen bloß zu stellen.

Die Forderungen der Vorkte in Bezug auf Areta.

□ Der „Matin“ meldet aus Konstantinopel: Die Türkei erklärt in der Note, die sie an die Schwedische Areta gerichtet hat und worin sie den Augenblick für gekommen erachtet, um die Aufzählung der Aretasfrage wieder herbeizuführen, daß die Vorkte keineswegs aus den jüngsten Ereignissen auf Areta Nutzen ziehen wolle. Es könne nicht in ihrer Absicht, sich in inneren Angelegenheiten des Landes zur Spitze erheben zu wollen, und drückt die Ansicht aus, daß die Wiederherstellung der Autonomie Aretas unumgänglich notwendig sei. Die Note wurde der Öffentlichkeit daher auch an die anderen Mächte gelangt. Der Spezial-Korrespondent des genannten Blattes glaubt, daß die Türkei bereit sei, sich mit einer weitgehenden Autonomie einverstanden zu erklären, selbst wenn diese Autonomie der Unabhängigkeit gleichkommen würde. Die Vorkte soll sich außerdem damit einverstanden erklären, daß die Mächte einen Gouverneur für die Insel benennen, was dies bereits für Albanien geschah. Die Türkei hat den Wunsch, daß Griechenland jeden ehrgeizigen Plan auf Anexion Aretas aufgeben.

Tyraldos Schicksal.

§ Aus Athen wird gemeldet: Ein Ministerialbeamter, der seiner Stellung nach über die Tyraldos-Affäre auf das Gewisse unterrichtet ist, teilt mit, daß der bisherige Verlauf der Untersuchung sehr kompromittierendes Material ergeben hat, wie nun feststeht, mehr als klar geworden hat, während selbst die ihm direkt unterstellenden Offiziere sich des Anschlusses widerlegt haben. Ein Offizier der Meuterei selbst, das Tyraldos mit dem Kommando in der Hand die Beherrschung der Gegend erzwungen und diese sogar teilweise selbst erobert habe. Der Gemüthsarzt erklärt es als nicht unwahrscheinlich, daß Tyraldos seine Tat werde mit dem Tode büßen müssen.

Alte Fagenachrichten.

Italienische Arbeiterrevolte. Ein Arbeiterverein in der Provinz Calabrien wollte um jeden Preis die Demission des Gemeinderates erzwingen. Infolgedessen verarmte sich ein großer Volksaufstand vor dem Rathaus, um dieses zu stürmen. Gendarmen widersetzte sich diesem Vorhaben; Carabinieri wurden durch Steinwürfe verletzt. Die Gendarmen feuerte; drei Frauen wurden getötet, mehrere andere Personen verletzt. Zahlreiche Verhaftungen erfolgten.

Japans Kage.

Wie dem New York Herald aus Jofohama gemeldet wird, giffen die Japaner bei den Manövern in Mikonopia den japanischen Militärbeobachtungen an, wahrscheinlich um den Tod des Fürsten Ito zu rächen.

6. Ordentliche Generalynode.

Berlin, den 8. November 1909.

10. Plenarsitzung.

Den Bericht der I. Kommission über Mitteilung des Oberkirchenrates betr.

Austritte aus der Landesliste.

erörtert Sen. Trüstedt. Es handelt sich um eine allgemeine wichtige und tiefherzliche Frage. Von einer Austrittsbewegung kann erst seit wenigen Jahren gesprochen werden. Sie ist durch ihr schnelles Wachstum von 1100 im

Jahre 1908 auf rund 2100 im Jahre 1909 bedenklich geworden. Derzeit bekräftigt sie sich auf einer Reihe von führenden Bahnen mit ihrer nächsten Umgegend. Von der angrenzenden kirchlichen Gemeinden übergegangen, referent und in der Ansicht, daß die neue Generation am Austritt nicht in sie durch ererbende Hege hineingeboren, sondern dabei einen Ausprägung aus dem „alten Wort“ (französisch) an, monach der Austritt aus der Landesliste patriotischer Dienst sei.

„Eine anhaltende und lebhafteste Befragung liefert die Gemeinde Ludenwalde, wo verhältnismäßig die meisten Austritte im Gebiet der Landesliste geschehen sind.“ Der Anl. Kommissar D. Drogander erinnert daran, daß die Bestimmung, die sich bei den Austritten vielfach kund tut, nämlich, sondern auf weitere Schichten der Bevölkerung, die Kirche und Bestimmung ohne Konsultation als das zu erreichen, die Bestimmung könne nur auf Schulen hinweisen, die Hauptaufgabe zur Abwehr gegen den Austritt liegt bei den Gemeinden, die dem einzelnen in größter persönlicher Treue und Persönlichkeit nachgehen müssen. An der weiteren Debatte beteiligen sich die Sen. Kottelmann (mündlich kirchliche Meldebefehle), Korte, v. Jagow, Wendlandt, Braun, Schwarzjoff und Baumgart.

Der Antrag der Kommission wird angenommen, monach liegt und alle Gemeinden zu erhöhter Wachsamkeit und treuer Erfüllung aller Aufgaben, die für die Pflege und den Ausbau des Gemeindelebens ihnen gestellt sind, in gemeinsamer Arbeit mit dem Pfarramt aufzufordert. Ueber die Tätigkeit des

Guthaus Woff-Revereis

In den älteren preussischen Provinzen in den Jahren 1908 bis 1909 berichtet Sen. D. Rogge. Darnach bewegt sich die Teilnahme an den reich geeigneten Beiräten des Vereins in aufsteigender Linie. Mit einer halben Million mehr als in den 6 Jahren zuvor, im ganzen mit 3/4 Mill. Mark, haben die Glaubensgenossen in der Zeitraume im genannten Zeitraum unterführt werden können. Der Kommissionsantrag wird, nachdem der königliche Kommissar Anerkennung und Dank des Kirchenregiments ausgesprochen, einstimmig angenommen, monach den einzelnen Instanzen auch weiterhin wärmliche Fürsorge für das große und unentbehrliche Liebeswerk ausgesetzt wird.

Ueber die Petition des Deutschen Protestantenvereins, Berliner Unionsvereins und kirchlich-liberalen Wahlvereins, betreffend

Revision der Verfassung der evangelischen Landesliste, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Sen. Dr. Irmer berichtet über die

Bekämpfung der Unästhetik

an der Hand einer entsprechenden Mitteilung des Oberkirchenrates. Die letzte Generalynode 1908 hat bereits in ausführlicher Berichterstattung Stellung zu vorliegender Frage genommen. Ebenso haben sich die Provinzial- und Kreisynoden einverstanden damit bekräftigt. Es handelt sich nicht bloß um Aesthetik, sondern vor allem um Aufbruch maßregeln (Pflege oder Gesehigkeit, vorbildliches persönliches Leben u. a. m.).

Die jeweilige Aufführung in Schulen, die leicht einen medizinischen Anstrich bekommt, muß im einzelnen Falle dem pflichtmäßigen Ermessen der Schulorgane vorbehalten bleiben. Zum Schluß berührt Referent die Verhältnisse auf dem Lande, die vielerorts in ästhetischer Beziehung viel zu wünschen übrig lassen. In der Befragung wird die Wirksamkeit der Frau auf vorliegendem Gebiete, wo sie schlechthin unentbehrlich sei, ganz besonders von König, Kommissar und Sen. Entgegen unterrichtet, unter ausdrücklichen Hinweis auf die opferfreudige, vielfach bemährte Mithilfe der Pfarrfrauen. Der Antrag Dr. Irmer wird angenommen. Mit Dank an alle Instanzen, die den Kampf gegen die Unästhetik aufgenommen haben, erhofft die Synode auch weiterhin ein gemeinsames Vorgehen von Staat und Kirche, unter Mitarbeit aller Eltern, Erzieher und Lehrer, und erludt den Oberkirchenrat im Rahmen des § 17 Absatz II der Kirchenverfassung und Synodalordnung die Frauen zu dem Kampfe gegen die Unästhetik aufzufordern.

Es folgt der Bericht der IV. Kommission betr. Maßnahmen gegen die

Propaganda für homosexuelle Liebe.

lomie Verführung der Bestimmungen der §§ 184, 184a des Reichstafelgesetzbuches, damit auch unästhetische Inzeste und Bildwerke unter Strafe gestellt werden können. Synodale Elze erläutert die Veranlassung, die zu der betr. Kommissionsberatung geführt habe, in warmerbeiziger, mehrfach von der Zustimmung der Synode unterbrochener Darstellung und erbitet einstimmige Überweisung der einzelnen Beschlüsse der Vorlage an den Oberkirchenrat zur weiteren Beratung, mit dem Erlaube, dahin zu wirken, daß § 287 des Reichstafelgesetzbuches zum Strafgesetzbuch entsprechend umgewandelt werde. Redner brandmarkt insbesondere das schamlose Vorgehen der Homosexuellen, die auch die entsetzlichen Verleumdungen der Synode aufmerkamen Augen verfallen, wie es die Aufhebung einer widerwärtigen Nationalinschrift beweist, die ihm (dem Referenten), sowie den Mitgliedern seiner Kommission loben zugewandt sei. Er stellt fest, daß der neue Entwurf des Strafgesetzbuches durch die Aufhebung der strafrechtlichen Verbrechen der Homosexuellen vorzuziehen. Die Annahme des Antrages erfolgt einstimmig. An letzter Stelle erörtert Sen. Friedemann seinen Antrag, Verleihung des Titels

„Rantor“

an die mit einem Kirchenamt betrauten festangestellten Diener, unter besonderer Hervorhebung der wertvollen Dienste, die der evangelische Lehrstand nach mannigfachen Richtungen von jeder Kirche erwiesen habe. Die Synode beschließt, die Sache dem Oberkirchenrat zur Ermüdung zu unterbreiten.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste 11. Plenarsitzung Dienstag 10 Uhr.

Aus Notwehr.

Tabbingende Revolverdiebsteherei beim Umzug.
Juda, 9. Nov. Der aus Hoffleben (Höfen) gebürtige...

Kolonialausstellung.

Göttingen, 5. Nov. Am Mittel zur Errichtung eines
deutschen Mädchenheims in Keetmanshoop aufzubringen...

Der Saupfand nach ist die Zusammenkunft aus Gegen-
ständen die sich in Privatansammlungen befinden und solchen...

Welleben, 9. Nov. (Vom Herde gefissen.)
Als der jährige Sohn des Fuhrwerksbesizers Jodel-Gede...

Merseburg, 9. Nov. Die eigenen Eltern
des 15jährigen Knaben Lehmann hier. Er eignete sich...

Eitenburg, 9. Nov. (Eine Typhusepidemie)
in dem benachbarten Gassen ausgebrochen. Am ganzen sind...

Stahfurt, 9. Nov. (Goldene Hochzeit.)
Der Begründer des Amberburgs Lindenberg und seine Frau...

Grünigleith, 9. Nov. (Selbstmord aus
Pietismus.) Vor einigen Nächten wurden plötzlich...

Grünigleith, 9. Nov. (Annonne Briefe.)
Seit jetzt einem Jahre werden zahlreiche Einwohner untes...

und in der Angelegenheit des Selbstmordes der Anna
Woppenstedt war am Sonntag der Erste Staatsanwalt Bessler...

Wienrode, 9. Nov. (Wegen Notzuchter-
breche) wurden der Hüttenarbeiter W. und drei weitere...

Wallerfeld, 9. Nov. (Tierzüchter.) Große Robert
hauwies der beim Gemeindevorsteher angestellte Unterförster...

Rotenburg, 9. Nov. (Echte Submissions-
sitzen) hat ein Verdingungsausschreiben des hiesigen...

Harzburg, 9. Nov. (Die Diamantene
Hochzeit) konnten gestern der Eisenbahnerin a. D. Karl...

Thale, 9. Nov. (Der Weg durch das Bode-
tal) nach Treseburg ist vom 10. November ab während der...

Thale, 9. Nov. (Zum Amisvorsteher) für den
Amtsbezirk Thale ist der Gemeindevorsteher Schönermar...

Zuldenburg, 9. Nov. (Ein nettes Büchlein.)
Durch die hiesige Polizei wurde der 17jährige Paul Schwen-

Quedlinburg, 9. Nov. (Neue Jugend.) Einen
dreizehn Einbruchdiebstahl haben drei 12-14jährige Volks-

Stahfurt, 9. Nov. (Hausheiserant.)
Die hiesige Sanchstermeren beschloß die Errichtung einer Haus-

Stahfurt, 9. Nov. (Das Reh in der Stube.)
Einen eigenartigen Versuch ersticht hier der Gutsherr von...

Wallefeld, 9. Nov. (Erfolg der Polizei-
hund.) In der Nacht zum Sonntag wurde in der...

Wallefeld, 9. Nov. (Schafstrolch.) Trotz aller
im letzten Herbst und in diesem Frühjahr befürchteter...

Weimar, 8. Nov. Der Karolinenturm auf dem
Röschberg bei Blankenhain, der zum ehrenden Gedächtnis...

der verstorbenen Großherzogin Karoline, geb. Prinzessin von
Reuß a. L., errichtet werden ist, wurde gestern durch eine kurze...

Eisenach, 9. Nov. (Grundbesitzer.) Der
Gemeindevorstand wird dem Gemeinderat eine Vorlage...

Jena, 9. Nov. (Diszipline der Hanf-
bündel.) Gestern wurde hier eine Diszipline Jena des...

Kassel, 9. Nov. (Errichtung eines Schäfers-
Denkmals.) Die Stadtverwaltung beschloß die Errichtung...

Braunfels, 9. Nov. (Ein aufregendes
Zwischenfall) ereignete sich heute bei der Aufführung...

Meteorologische Station.

Table with meteorological data for 9 and 10 November, including barometer, thermometer, and wind readings.

Wetter-Aussichten.

- 11. November: Mild, veränderlich, windig.
12. November: Stark trüb, harte Winde, milde.
13. November: Bistig mit Sonnenschein, angenehm, warm.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg;
für den lokalen Teil, für Provinzialkorrespondenzen, Gericht und...

Advertisement for Kufeke, a product for children's health, featuring a diamond logo and text about its benefits.

Large advertisement for 'Spezial-Angebot' by J. LEWIN, featuring a list of clothing items like 'Herren-Normal-Hemden' and 'Damen-Strümpfe' with prices.

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blätgen.
Grandioser Erfolg dieses Spielplans!

Das weltberühmte Moto-Baby!! Mensch oder Automat??

Les Niards — Tina Révier — 6 Borussia
Drawes Frisco & Hambo-Meyer and Mora

Rudolf Mälzer

The Morlays — Else Gärtner — Der Biograph.
Ein Glanz-Programm! Letzte Woche!

Kaisersäle: 12. November, 8 Uhr abends II. Symphonie-Konzert

Hallesche Orchester-Vereinigung.
Veranstalter: Hofrat Max Richards.

:: Novitäten-Abend. ::

Musikal. Leiter: **Eduard Mörike.**

Solist: Professor

Julius Klengel.

Violoncello.

Programm: 1. Dvark: Symphonie „Aus der neuen Welt“. 2. d'Albert: Cello-Konzert C-dur. 3. Rimsky-Korsakow: „Scheherazade“. Symphon. Suite für grosses Orchester. 4. Tschaikowsky: Variationen über ein Rokoko-Thema für Cello und Orchester.

— Alles zum ersten Male. —
Eintrittskarten zu 3,10, 2,10, 1,55 und 1,05 Mk. in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch.

Alte Promenade 1a. — Fernspr. 1199.

Saal der Logo zu den 3 Götzen, Paradeplatz.

Montag, den 15. November, abends 8 Uhr

Konzert von

Marie Hildebrand (Gesang)

und

Alice bandolt (Klavier).

Lieder: Schubert: Erster Verlust. Suleika. Heidenroslein. Rasstose Liebe. Brahms: Dein blaues Auge. Mädchenlied. Am Sonntag-Morgen. Ein Wanderer. H. Liszmann (Manuskript): Reue. Dormi Jesu. Blätterfall. Auf einem Kirchturn. Klavierstücke: Bach-Busoni: Präludium und Fuge D-dur. Schumann: Papillons. Chopin: Nocturne Fis-dur. Polonaise As-dur. Liszt: Faustwägen.
Karten zu 3,10, 2,10 u. 1,05 in der Hofmusikalienhandlung von

Heinrich Hothan, Gr. Ulrichstr. 38.

Soennecken-Federn
Das Beste was die Schreibfedern-Fabrikation zu leisten vermag
1 Auswahl 30 Pf. • 1 Gros 012: M 250
F. Soennecken Schreibfedern-Fabrik Bonn
Berlin Taubenzstr. 16 • Leipzig Markt

Zum Würzburger Schlachtfest.
gegenüber dem Polizeigebäude.
Morgen Donnerstag
Fochachtungswort **Ludwig Riese.**

„Sanssouci“ Dessauerstr.
Morgens freudlichst einladet **Paul Bindrich.**

TÜRKPABST
Lachs u. Sardellen-Butter
Anchovy u. Sandwich-Paste
in Schüsseltuben.
Auf Butterbrot gestrichen eine abguter Appetit bei Pel. Taverne.

Das echte Kulmbacher

behauptet nach wie vor seinen ausgezeichneten Ruf infolge seines Malzreichtums, grossen Nährwertes und seiner Wohlbekömmlichkeit.
Nachahmungen der bekannten und beliebten Kulmbacher Biere weise man entschieden zurück!

LIEBIG'S Fleisch-Extract
ist reine eingedickte natürliche Fleischbrühe; wie diese regt LIEBIG'S Fleisch-Extract als Zusatz zu den verschiedensten Speisen den Appetit an und fördert die Verdauung, daher unentbehrlich für Gesunde und Kranke.

Neues Theater.

Direktion: G. M. Maunther.
Donnerstag: Zum 6. Male:
Des Pfarrers Tochter von Sireladorf.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Festspiel 1181.
Direktion: Hofrat M. Richards.

Donnerstag, den 11. November
60. Werk im Abonn. 4. Viertel.
Novität! Zum 6. Male: Novität!

Die Förster-Christl.

Sperette in 3 Akten v. Bernhard Buchbinder. Musik v. G. Jaraus.
Szenenleitung: Karl Stahlfberg.
Musikf. Leitung: Wolfp. Siebel.
(Chor-Übersetzung.)
Besetzung:

Kaiser Josef II. Graf Rudolph. Graf Kolonitz. Generalleutnant Paul Kurzbuch. Graf Gottfried von Loeben. Oberhofmeister Karl Stahlfberg. Kammerherr St. Kammerherr. Baronische Mathie von Ditzgraben. Hofdame E. Walter-Hörig. Graf Sternfeld. Hauptmann C. Gammes. Komtische Jofelene. Jense Scheller. Jense. Kästn. Franz Hölzner. Gutsverwalter bei Sternfeld. Hans Lange. Förster Julius Varré. Köchlin. seine Witwe. Peter Walperl. Fritz Gruffelt. Wirtin. Jigemein Alice v. Boer. Baronische Kleinau H. Keller. Baronische Frankan. Fr. Bactor. Frau von Sieben. Agnes Andberg. Fr. von Sieben. Wally Andberg. Fr. von Rabay. Wally Wagner. Komtische Barbara. Frau Gruffelt. Komtische Winau. Fr. Wagner. Frau von Nette H. Kurzbuch. Fr. von Hamborf H. Hartmann. Fr. von Waller. G. Hartmann. Frau von Berch. Maria Kubben. Fr. von Siegen. Gise Seibel. Fr. von Koffen. Gise Dendorfs. Frau von Senoch. Paula Jersch. Fr. v. Tischentels. Wini Köntz. Kanakere u. Hofherren. Hofdamen. Garbiken. Gendarmen. Bürger u. Bauern bedient. Soldaten. Jigemeinmilitanten etc. Der 1. Akt spielt an der ungarischen Grenze vor dem Forsthaus. Der 2. Akt am Hofe in Wien. Der 3. Akt im Forsthaus.
Das Ganze im Jahre 1764.
Nach dem 1. und 2. Akt längere Pausen.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anf. 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Freitag, den 12. November
61. Werk im Abonn. 1. Viertel.
Novität! Zum 1. Male: Novität!

Im Klubessel.

Sufspiel in 3 Akten v. Karl Roessler und Ludwig Keller.
Nach Schluss der Vorstellung
Erzählungen mit kleinem
Zuschlag

„Weinhaus Broshowski.“

Nach Schluss der Theater aufenthalte im Restaurant Grand Hotel Berges.

Deute abend:
Künstler-Konzert
im grossen Speise-Saal,
ausgeführt v. d. Salon-Orchester
„Electra“, Direktion Tofoletti.
Dienstags u. Donnerstags v. 4-6
Five o'clock teas.

Gabaret Kaisersäle.

Täglich abends 8 Uhr:
Vorstellung:
Erstklassige Künstlerinnen
und Künstler.

Alfred Stein
Humorist.

Gisa Terna.

Paul Fliegner,
Chansonnier u. Conférencier.

Lilly Seeberg
Lori Thaller
Hanny Frey

Ludwig von Donath.
Zigeunerkapelle Laszo.

Preise der Plätze:
Terrasse 2,20, Sperrst. 1,70,
Saalplatz 1,20
inkl. Programm u. Billetsteuer.

Neu! Neu!
American Bar.
Grossstadtbetrieb bis 2 Uhr nachts.

Optische Waren
preiswert u. gut Gr. Ulrichstr. 1a
Otto Unbekannt

Petrol-Heizöfen.

Spanan, geruchlos, gefahrlos.
Für feine Wohnräume, Schlaf-
zimmer, Korridore, Alkoven.
Mtl. 12.—, 15.—, 17,50 bis 30 Mtl.

Wilh. Heckert,
Gr. Ulrichstr. 57.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.
Gastspiel des weltberühmten

Grossen Oberbayrischen Bauerntheaters

unter Leitung u. Mitwirkung seines vollstimmigen Direktors
Herrn **Michael Dengg** aus Schliersee.
Eigene stilvolle Dekorationen, Kostüme und Requisiten.

Anzengruber-Zyklus.

Deute, Mittwoch, den 10. Nov., abends 8 Uhr:
„Der Meineidbauer“

Volksstück mit Gesang in 7 Bildern von L. Anzengruber.
In den Spielformen:
Sittler u. Gantner-Verträge des Hirschen-Vertrags:
Hans Keiser, Edi Kriem u. Pauli Kriem.

Donnerstag, den 11. Nov.: „Die Kreuzschreiber“
Freitag, den 12. Nov.: „Der G'wissenswurm“
Sonabend, den 13. Nov.: „Der Fleck auf der Ehr“.

Wochenbestellungen auf sämtliche nummerierte Blätter
im Theaters-Bureau täglich von vorm. 10—1 Uhr u. nachm.
4—6 Uhr. Zeitliche Bestellungen unter Tel. Nr. 183.
Vorverkauf zu ermäßigten Preisen durch die
bekannten Vorverkaufsstellen. (1889)

Grosse Hausschlächterei

mit elektrischen Betrieben von
Alb. Stüttrich, Friedrichstraße 22.
Telephon 3000.
Reben Donnerstag des Schlachtfestes.
Nur garantiert reine, im Geheimen unüberprüfte Ware.
Wirtl. des Ab. - Eb. - Ver.

Auswärtige Theater.

Leipzig.
Neues Theater: Donnerstag,
den 11. November: Wallen-
stein's Tod.
Altes Theater: Donnerstag,
den 11. November: Die ge-
schiedene Frau.

Magdeburg.
Stadt-Theater: Donnerstag,
den 11. Novbr.: Carmen.

Erfurt.
Stadt-Theater: Donnerstag,
den 11. November: Alibi.

Altenburg.
Herzogliches Hoftheater:
Freitag, den 12. November:
Ein Walsertraum.

Coburg.
Hoftheater: Donnerstag,
den 11. November: Regensbrunn.

Dessau.
Herzogliches Hoftheater:
Donnerstag, den 11. November:
Geschloffen.

Eisenach.
Stadt-Theater: Donnerstag,
den 11. November: Laboremus.

Weimar.
Herzogliches Hoftheater:
Donnerstag, den 11. November:
Der fliegende Holländer.

Kaiser-Panorama Venedig und Florenz.

Red. Donnerstags
u. Montags
Einladungen.
Bernhard Borchg.
114 Domplatz 10. Tel. 1524.
Geimle Not. Weber u. Schwartzen-
wurf a. Bld. 1,10 Markt.